

Ressort: Finanzen

Kommunen weisen Tarifforderung der Bundesbank zurück

Frankfurt/Main, 31.07.2014, 07:40 Uhr

GDN - Die öffentlichen Arbeitgeber haben die Forderung der Bundesbank nach einem Gehaltsplus von drei Prozent entschieden zurückgewiesen. Die Kommunen sehen "keinen Spielraum für weitere Lohnerhöhungen, wie sie teilweise für die Wirtschaft gefordert werden", sagte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, der "Bild"-Zeitung (Donnerstagsausgabe).

"In vielen Städten und Gemeinden ist die Haushaltslage weiterhin so dramatisch, dass teilweise sogar Personalkosten nur über weitere Schulden finanziert werden können. Da kann man nicht noch drauf satteln, zumal in den Kommunen der Investitionsrückstand mit 118 Milliarden ein gigantisches Ausmaß angenommen hat." Der Tarifabschluss vom April dieses Jahres belastete die kommunalen Arbeitgeber bereits mit weiteren fünf Milliarden Euro. Im vergangenen Jahr lagen die Personalkosten für die Kommunen nach Angaben Landsbergs bei rund 50,7 Milliarden Euro.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-38618/kommunen-weisen-tarifforderung-der-bundesbank-zurueck.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSiV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619